

Spekulationspreise bremsen die Agrarreform in Brasilien aus

VON MARIO OSAVA, IPS, RIO DE JANEIRO, 07. NOVEMBER 2008, GEKÜRZT. ÜBERSETZUNG FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH VON GILBERTO CALCAGNOTTO.

Die Agrarreform in Brasilien sei undurchführbar geworden. Verantwortlich dafür seien die höheren Preise für Grund und Boden – eine Folge der Penetration des Agrarsektors durch das Großkapital sowie der expandierenden Agrarbrennstoffe. Dies erklärte jüngst João Pedro Stédile, Mitglied der Organisation “Via Campesina” (= etwa: Kleinbauernweg), in einem Interview an die ausländische Presse im Anschluss an die V. Internationale Konferenz der Via Campesina in Maputo (19.-22.10.2008). Damit sei dieses Programm in Brasilien praktisch zu Ende. Es beschränke sich jetzt lediglich auf Ansiedlungen “mit Fürsorgecharakter (assistenciais) und mit der Funktion einer Lösung für punktuelle Konflikte”. Dies aber liege vom Ziel einer Agrarreform zur “Demokratisierung von Grund und Boden” meilenweit entfernt, so Stédile weiter, der ebenfalls zum Koordinationsausschuß der Bewegung der landlosen Landarbeiter Brasiliens (Movimento dos Sem Terra MST) gehört. Der MST ist eine der wichtigsten brasilianischen Mitgliedsorganisationen des Verbundes Via Campesina.

Die Regierung von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva begann im Jahre 2003 mit dem Versprechen, das Leben auf dem Land zu verändern. Doch in diesem Jahr (2008) habe sie nach Schätzungen von Mitarbeitern des zuständigen “Instituts für Ansiedlung und Agrarreform INCRA” lediglich 18.630 Familien zu Grund und Boden verholfen, fuhr Stédile fort. Das MST-Führungsmittglied fügte hinzu, dass die von der Regierung für 2007 angeführte Zahl von 67.535 angesiedelten Familien “künstlich aufgeblasen” sei – und selbst so bleibe sie unterhalb der Zielvorgabe von 100.000 Ansiedlungen. Außerdem befänden sich zwei Drittel der übergebenen Parzellen in Amazonien, was bedeute, dass sie lediglich Staatseigentum umverteilt hätten, was die Agrarbesitzstruktur unangetastet lasse. In den beiden Jahren zuvor sei die Anzahl an zugewiesenen Landparzellen doppelt so hoch gewesen.

Trotz der regierungsseitig vorgelegten Zahlen deuten jüngste Untersuchungen darauf hin, dass die Grundbesitzstruktur in Brasilien nach wie einen zunehmenden Konzentrationsgrad aufweise. Dieser Prozess werde durch den Vormarsch von exportorientierten Monokulturen wie Soja, Zuckerrohr, Eukalyptus und Mais vorangetrieben, ergänzte der MST-Führer. Nach wie vor zelteten rund 130.000 Familien in provisorischen Lagern in der Erwartung, Land zum Arbeiten zu bekommen. Die Anzahl von in Zeltlagern lebenden Familien werde immer kleiner, weil sich im Hinblick auf die Agrarreform Verzagtheit breit mache. Die Finanzkrise habe diese Tendenz noch einmal verschärft, weil das Großkapital dazu übergegangen sei, sein Geld durch die Anschaffung von “Naturgütern” wie Grund und Boden, Holz, Wasserkraftwerken und Mineralien zu schützen. Dabei stoße es “gierig auf Amazonien” vor, hob Stédile hervor.

Die Preiserhöhung für Nahrungsmittel sei Teil dieses Prozesses und sei letztlich auf die “Handlungsweise der Oligopole” zurückzuführen, denn “zehn bis fünfzehn multinationale Unternehmen” beherrschten die Produktionskette weltweit. Zusätzlich

führe die Spekulation an den Warenbörsen zu schnellen Preisschwankungen, sagte Stédile. Der Preis stehe nicht mehr im Verhältnis zu den Produktionskosten noch zu dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Er gehorche vielmehr dem Spiel dieser Unternehmen und der Börsen. Stédile, studierter Ökonom, gab damit die Ergebnisse der o.g. Internationalen Konferenz von Maputo bekannt, an der 600 Delegierte aus 100 Ländern teilnahmen.

Die weltweite Kleinbauernbewegung sehe die gegenwärtige "Nahrungsmittel-, Energie-, Klima- und Finanzkrise" als ein Produkt des "kapitalistischen Systems und des Neoliberalismus" an, das nur durch eine auf bäuerlicher Landwirtschaft gestützte Nahrungsmittelhoheit, nicht jedoch, wie von den Mächtigen vorgeschlagen, durch den Freihandel von genverändertem Saatgut gelöst werden könne. Die wirtschaftliche Rezession in den reichen Ländern werde Fremdenhass, Rassismus und die Repression gegen Arbeitnehmer und Migranten verschärfen, doch werde sie auch – laut der "Charta von Maputo" – "Chancen" schaffen – zum einen für den Kapitalismus, der sich "neu erfinden" könnte, zum anderen aber auch für die sozialen Bewegungen.

Stédile hat aber auch einige Fortschritte für Brasiliens Landbevölkerung anerkannt: In kleinen Gemeinden habe sich die Wirtschaft vor allem auf Grund der landwirtschaftlichen Rentenversicherung und – besonders in Ortschaften armer Landregionen – auf Grund der Mindestloohnerhöhung dynamisch entwickelt. Die Regierung Lula habe ebenfalls die Kredite für die bäuerliche Landwirtschaft erheblich ausgeweitet. Allerdings beschränke sich der damit verbundene Anreiz auf "ein Viertel" der vier Millionen brasilianischer Kleinbauern, und dieses Viertel bestehe ausgerechnet aus besser weggekommenen Kleinbauern. Die ärmeren würden durch diese Kredite nicht begünstigt, sagte Stédile. Andere Formen der Sozialpolitik, wie etwa das Programm zur Anschaffung von Nahrungsmitteln, mit dem der Staat die kleinbäuerliche Produktion abnehme, seien zwar auf dem richtigen Wege, doch erreichten sie nur Tausende unter den Millionen notleidender Kleinbauern, sagte Stédile abschließend. (IPS/Envolverde)

Die Bewegung der Landlosen MST unterliegt gezielter Desinformation

VON SILVIO ROCHA SANT'ANA, FUNDAÇÃO ESQUEL BRASIL (FGEB) ADITAL 02.04.09
AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH FÜR KOBRA E.V. VON JÜRGEN STAHN

Am Sonntag den 29. März 2009 machte die Folha de São Paulo mit folgender Schlagzeile auf: "Die Bewegung der Landlosen MST gründet neue Organisationen um keine Mittelzuwendungen zu verlieren". Im Text selbst wird folgende Behauptung aufgestellt: Seit der Amtseinführung von Präsident Lula erhielten 43 NRO die in irgendeiner Verbindung mit der Bewegung der Landlosen stehen bereits 152 Millionen Reais. In ihrer Website stellt die NRO „contas abertas“ („Offene Konten“) ebenfalls fest: "Regierung fördert Organisationen, die mit dem MST in Verbindung stehen mit 151,8 Millionen Reai. Viele von ihnen sollen schwerwiegende Unregelmässigkeiten begangen haben".

Die von den Autoren durchgeführte Untersuchung nennt 43 Organisationen, die mit dem MST in Verbindung stehen sollen. Es wird u.a. ausgeführt, dass zwischen 2001 und 2009 nahezu 1000 Verträge mit den verschiedensten Organisationen geschlossen worden seien.

Unter den NRO „die wegen ihrer Verbindungen zum MST bekannt sind“, werden genannt: ANCA (Associação Nacional das Cooperativas dos Assentamentos, Trägerin von Projekten des MST) mit einem Mittelvolumen von 22,3 Millionen Reais in den Jahren 2002 bis 2009, die CONCRAB (Confederação das Cooperativas de Reforma Agrária do Brasil, Dachverband der Genossenschaften im Bereich der Agrarreform), mit etwa 14 Mio Reais, ITERRA mit knapp 10 Mio Reais etc. In der Liste taucht aber auch die „Cáritas Brasileira“ auf, die wie hinreichend bekannt sein dürfte, zur Brasilianischen Bischofskonferenz CNBB gehört. Die 43 NRO erhielten zwischen 2003 und 2009 151,8 Mio Reais. Bis hierher sind das richtige Aussagen – aber sie sind unvollständig.

Überschriften und Texte veranlassen Leser zu der Annahme, dass diese NRO entweder kriminell sind oder zumindest krimineller Handlungen verdächtigt werden müssen, weil sie nur lückenhaft über Tatsachen informieren. Natürlich wird die Regierung Lula der Kumpanei verdächtigt.

Es wurde z.B. einfach vergessen über die Zweckbestimmung der vergebenen Mittel innerhalb der im Rahmen der Agrarreform gegründeten Siedlungen zu berichten.

Zweifellos wären die Leiter der NRO und die Verantwortlichen des MST von den Siedlern selbst „gekreuzigt“ worden, wenn die finanziellen Mittel unterschlagen worden wären. Davon aber war nichts zu hören!

Es wurde einfach auch vergessen darauf hinzuweisen, dass von den zahllosen Prozessen die seit der Regierung Cardoso von der Controladoria Geral da União CGU (Bundesrechnungshof) und dem Tribunal de Contas da União TCU (Bundesfinanzgerichtshof) wegen schwerwiegender finanzieller Unregelmäßigkeiten gegen einige der mit dem MST verbundenen NRO, z.B. gegen CONCRAB und gegen ITERRA angestrengt wurden, 99% bereits eingestellt wurden oder kurz vor ihrer Einstellung stehen, weil es keinerlei Hinweise auf Zweckentfremdung oder Veruntreuung öffentlicher Gelder gab. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass für das TCU schon dann „Zweckentfremdung öffentlicher Mittel“ vorliegt, wenn anstatt wie im Vertrag vorgesehen „Investitionsgüter“ (material permanente) zu kaufen „Güter des täglichen Bedarfs“ (material de consumo) erworben werden. Erschwerend kommt hinzu, dass manche Prüfer des Bundesrechnungshofs und der Justizaufsichtsbehörde des Bundes von geradezu unbändiger Akribie befallen werden und - ausgehend von allerlei Vermutungen - "schwerste Verbrechen"

unterstellen und Vorwürfe erheben, die sich nach unabhängiger Prüfung (meist von Seiten der Justiz) als absolut haltlos erweisen.

Ganz offensichtlich wurde „vergessen“ die Leser darauf hinzuweisen, dass es weder ein Vergehen noch ein Verbrechen ist, eine verantwortliche Position im MST oder in einer NRO einzunehmen oder gleichzeitig Verantwortlicher im MST und in einer NRO zu sein.

Es ist allgemein bekannt, dass im Rahmen der Agrarreform mindestens 230.000 Menschen Land erhielten (Regierungsperiode Cardoso und Lula) und 24 Millionen Hektar Land enteignet wurde. Andererseits bestätigt das MST, dass es über Organisationsstrukturen in 24 Bundesstaaten verfügt, dass etwa 130.000 Landlose in provisorischen Lagern leben, dass 370.000 Menschen Land erhielten und angesiedelt wurden. Ein Teil davon geht auf Massnahmen des MST zurück, mit den Siedlern unterhalten das MST und seine Verantwortlichen Verbindung. Es wurde schlicht und einfach “vergessen” darauf hinzuweisen, dass dies kein Vergehen oder Verbrechen ist!

Es wurde – zur Erhöhung der Transparenz und zur Offenlegung der Konten - leider auch nicht darauf hingewiesen, dass 1000 Verträge mit einer Gesamtsumme von 152 Millionen Reais durchschnittlich etwa 150.000 Reais pro Vertrag ergeben, dass diese Summe über 7 Jahre verteilt ausbezahlt wurde und dass die jährlichen Zahlungen sich auf etwas mehr als 21 Mio Reais beliefen, verteilt auf Hunderte von Neuansiedlungen im Rahmen der Agrarreform in 27 Bundesstaaten.

Wenn “contas abertas” auch auf die Verträge zwischen der Behörde für Agrarreform (INCRA), den Regierungen von Bundesstaaten und den bundesstaatlichen Behörden für landwirtschaftliche Beratung EMATER geachtet hätte, wäre den Verantwortlichen auch klar geworden, dass sich die jährlichen Kosten pro beratener Familie auf etwa 120 bis 150 Reais belaufen und damit den Kosten entsprechen die durch ähnliche Beratungen von mit “dem MST verbundenen NRO” entstanden.

Wenn die Bundesregierung Verträge mit der EMATER abschliessen würde, müsste sie immerhin mit Kosten von etwa 370.000 (Zahl der Siedler) x 130 Reais, also ca. 48 Mio Reais im Jahr rechnen und das nur um die Siedlungen zu versorgen, deren Ursprünge auf Aktionen des MST zurückgehen. Selbst wenn wir unsere Schätzungen auf die Siedlungen begrenzen würden, die durch die Regierungen Cardoso und Lula für etwa 230.000 Menschen geschaffen wurden, würden sich die Kosten der Verträge auf 29,9 Mio Reais belaufen.

In den eingangs zitierten Untersuchungen und Publikationen wird auch nicht

erwähnt, dass viele der mit den Bundesstaaten oder NRO abgeschlossenen Verträge auch Mittelzuweisungen für agroindustrielle Betriebe, für “Datenautobahnen”, für familiäre oder soziale Infrastruktur, z.B. Schulen, für in den Siedlungen gemeinsam genutzte Einrichtungen und Maschinen enthielten, sodass der Durchschnittswert pro Familie sich auf 1.000,00 Reais beläuft. Damit wird eigentlich klar ersichtlich, dass für Korruption nicht viel Raum bleibt – es sei denn, die Kosten für die bundesstaatlichen EMATER wurden (zu) hoch angesetzt, um Korruption möglich zu machen.

Auch die von der Folha de São Paulo und von der NRO “contas abertas” benutzte Terminologie dient der Desinformation. Sie ist irreführend und ausgesprochen feindselig. Die beiden Medien versuchen, auf durchsichtige Weise Verdacht zu wecken : “sie legen Tatsachen vor”, aber eben nur die halbe Wahrheit und hinterlassen bewusst den Verdacht, dass so etwas wie eine Verschwörung bestehe, die Bildung krimineller Seilschaften, die staatliche Mittel abgreifen sollen um gesetzeswidrige Aktionen zu finanzieren.

Um die “Verbindungen zwischen dem MST und den NRO” zu beweisen, führen sie Namen von Personen an, die “dem Vernehmen nach” Verantwortliche des MST mit Verbindung zu den NRO” sein sollen oder umgekehrt.

In einer sechsstufigen Liste, die alle abgeschlossenen Verträge enthält, tauchen “Glanzlicher” auf wie: “zitiert im Bericht der gemischten parlamentarischen Untersuchungskommission CPMI nach dem Abgeordneten Lupião als Verantwortlichem der CONCRAB” – als ob dieser Zusammenhang gefährlich oder beinahe kriminell sei. Ob nun eine Person eine Leitungsfunktion in einer Organisation innehat, ist über Protokolle und die Register eines Amtsgerichtes leicht nachweisbar. Zudem, wenn CONCRAB Verträge mit der Regierung abgeschlossen hat, müssen die Namen ihrer Verantwortlichen in den Verhandlungsprotokollen und in den Vereinbarungen selbst auftauchen. Wenn also von “Folha” oder “contas abertas” festgehalten wird, dass die – angeblich verdächtige – Verbindung “durch den Abgeordneten Lupião zitiert” wird, also den Berichtersteller einer Untersuchungskommission, dann besteht offensichtlich die Absicht, Verdacht durchschimmern, die Vermutung aufkommen zu lassen, dass eine bestimmte Information erst mal ans Tageslicht befördert werden müsse und ihre unlauteren Hintergründe im Zusammenhang mit den erhobenen Vorwürfen geklärt werden müssten.

Die NRO “contas abertas” hat zwar ihre website bei UOL, einem Internetdienstleister, erhält finanzielle Unterstützung seitens der UOL, arbeitet kontinuierlich mit Journalisten der Folha de São Paulo zusammen, kann aber deshalb wohl kaum verdächtigt oder gar beschuldigt werden, mit der Gruppe FSP “verbandelt” zu sein, mit dieser Gruppe unlautere oder undurchsichtige

Verbindungen zu pflegen. Wenn man die Denkweise der für die Untersuchungen und Veröffentlichungen Verantwortlichen übernehme, wären dann die Hintergründe dieser Verbindung "offensichtlich" und auch durch die Verbindung mit dem Internet bestätigt und erlaubt deshalb die Frage, in wessen Diensten "contas abertas" steht? (Ironischerweise beziehen sich die Autoren von Untersuchung und Veröffentlichung zum Beweis der "Verbindungen" des MST mit einer NRO auf Dienste über eine Website oder auf die Erwähnung einer Unterstützung auf der Website des MST).

Ich persönlich würde ohne zu zögern einräumen, dass Zusammenarbeit mit der Folha de São Paulo kein Verbrechen ist.

Ich habe bislang noch nie eine so demagogische und durchgängige Desinformation zur Kenntnis genommen.

Die Folha de São Paulo und die NRO "contas abertas" haben sich für die Abwertung und die Kriminalisierung von Organisationen und Bewegungen hergegeben. Damit stimmen sie in den "Chor der konservativen Verdächtiger" ein. Vielleicht handelten sie aus Unkenntnis und Unerfahrenheit.

Vielleicht haben sie Sympathien bei der Opposition der gegenwärtigen Regierung gewonnen und liegen damit auf einer Linie mit konservativen Gruppen, die den sozialen Fortschritt aufhalten wollen.

Eigentliche Verliererin ist die Zivilgesellschaft, die ihr Vertrauen in alles verliert, auch in sich selbst. Verloren haben auch diejenigen, die noch an einen vertrauenswürdigen Journalismus glauben. Das Schlimmste ist, dass die Urheber der falschen Informationen von der Wirklichkeit selbst der Unwahrheit überführt werden und dass damit alle verloren haben werden. Schade.

Bilanz der Agrarpolitik der brasilianischen Bundesregierung

NATIONALES BÜRO DES MOVIMENTO SEM TERRA (IGOR FELIPPE MARIA MELLO MARIANA DUQUE)
ADITAL 20.04.2009 - ÜBERSETZUNG FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH VON
SABINE REITER

Wir unternehmen einen weiteren Versuch, um die Bundesregierung zur Umsetzung der Agrarreform aufzufordern und um mit der Zivilgesellschaft über die Situation der Landarbeiter, der Landwirtschaft und das Ausmaß der ländlichen Krise zu debattieren. Wir werden Landbesetzungen, Protestmärsche und –veranstaltungen in 15 Bundesstaaten und in Brasília organisieren und wir

werden weiterkämpfen. Nachfolgend legen wir eine Zusammenfassung der aktuellen Situation der Agrarpolitik der Bundesregierung vor, die einen Rückschritt darstellt, auch in Bezug auf die vorangehenden Jahre. Die Latifundien des Agro-Business haben seit November 2008 bereits 270.000 Landarbeiter entlassen, die 20 größten Agroindustriebetriebe fast 100.000 Arbeiter. Trotzdem erhalten sie weiterhin Unterstützung von der Regierung, während arme Landarbeiter als zweitrangig behandelt werden.

Die in den Haushalt 2009 eingestellten Geldmittel für Enteignungen beliefen sich auf 957 Mio. R\$ und wurden „wegen der Krise“ um 41% gekürzt, womit sich der Ansatz auf 561 Mio. R\$ reduzierte. Nach Angaben der Behörde für Agrarreform (INCRA) wird es mit diesem reduzierten Betrag gerade einmal möglich sein, 17.000 Familien anzusiedeln, statt der zuvor von der Regierung für 2009 vorgesehenen 75.000.

Die für technische Beratung und ergänzende Maßnahmen genehmigten Finanzmittel für das laufende Jahr für die angesiedelten Familien beliefen sich auf 224 Mio. R\$, wurden aber auf 135 Mio. R\$ gesenkt, ebenfalls um 41%.

Für das Bildungsprogramm in den Gebieten der Agrarreform (PRONERA) beliefen sich die finanziellen Mittel für 2009 auf ursprünglich 69 Mio. R\$. Sie wurden um 62% auf gerade einmal 26 Mio. R\$ gekürzt. Die Behörde für Agrarreform benutzt immer noch Produktivitätsindizes zur Festlegung der für die Enteignung von Gebieten erforderlichen Bedingungen aus dem Jahr 1975, die für heute überhaupt keine Bedeutung mehr haben, um die Einstufung von Großgrundbesitz als unproduktiv zu erschweren. Im Jahr 2005 aktualisierten die Behörde für Agrarreform und das Ministerium für Agrarentwicklung (MDA) die diesbezüglichen Kriterien, jedoch wurden diese bis heute nicht veröffentlicht. Das Agrargesetz legt fest, dass die Indizes alle fünf Jahre aktualisiert werden. Es ist dringend notwendig, dass sie auf der Grundlage des Zensus für Land- und Viehwirtschaft von 2006 aktualisiert werden und eine neue Verordnung erlassen wird.

Im vergangenen Jahr machten wir den von der Regierung auch angenommenen Vorschlag, dass 18.000 R\$ pro Familie für ein Programm zum ländlichen Wohnungsbau bewilligt und 2009 investiert werden. Hiermit sollte Wohnraum auf dem Lande geschaffen und instand gesetzt werden. Zum ersten Mal verfügten wir über ein konsolidiertes Wohnungsbauprogramm für den ländlichen Bereich. Wir haben jedoch erfahren, dass die Finanzmittel in diesem Jahr auf 10.600 R\$ pro Familie gesenkt wurden. Die Frage, die wir uns hierbei stellen ist: Gibt es irgendjemanden, der in der Lage ist, mit 10.000 R\$ ein Haus zu bauen?

Die Regierung hatte sich verpflichtet, technische Beratung und Unterstützung für alle neu angesiedelten Familien zu garantieren und sogar damit geworben. Bei den Verhandlungen wurde deutlich, dass die Behörde für Agrarreform aufgrund der Kürzungen um 41% nicht einmal in der Lage ist, die bereits in den

vergangenen Monaten von Fachleuten durchgeführten Arbeiten zu bezahlen. Sie wurden bis heute nicht entlohnt. Sie wird die mit verschiedenen Institutionen bereits unterschriebenen Verträge nicht erfüllen, und es gibt keinerlei Prognosen darüber, wie technische Beratung in Zukunft aussehen soll. Damit wird die Umsetzung der Projekte gefährdet, die den Zugang zum Kredit des Nationalen Programms zur Stärkung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft (PRONAF) ab Juli 09 eröffnen sollten. Bis Ende März 2009 war kein Geld für die Beratung von irgendeinem im Jahr 2008 vereinbarten Projekt freigegeben worden.

Die Regierung hatte sich im Mai 2005 bei Ankunft des Protestmarsches in Brasília verpflichtet, einen Kredit für die spezielle Finanzierung von agroindustriellen Betrieben in neuen Siedlungsgebieten bereitzustellen. Unser Finanzbedarf liegt bei 150 Mio. R\$, aber lediglich 20 Mio. R\$ sind für die nächsten zwei Jahre fest zugesichert worden. Verhandlungen mit der Nationalen Entwicklungsbank (BNDES) um die Erhöhung dieses Betrags sind allerdings noch nicht abgeschlossen. Andererseits hat die Regierung über die Banco do Brasil und die BNDES 12 Mrd. R\$ als Liquiditätshilfe für die 20 größten Agrarindustriebetriebe des Landes zur Verfügung gestellt, die sich in einer Krise befinden und bereits nahezu 100.000 Arbeiter entlassen haben.

Die Regierung hat sich immer durch die wirtschaftlichen Interessen der multinationalen agroindustriellen Unternehmen beeinflussen lassen und bedauerlicherweise die Aussaat genmanipulierten Saatgutes freigegeben, ohne jemals irgendeine ernsthafte Studie über die Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit durchführen zu lassen. Bei der CTNBio (Nationale technische Kommission für biologische Sicherheit) häufen sich Anträge auf neue Zulassungen für Reis, Mais, etc., und es wird immer wieder behauptet, dass dieses Saatgut völlig unproblematisch sei. In dieser Woche ließ jedoch ein Richter aus Rio Grande do Sul eine Klage der dortigen Landwirte gegen die Zahlung von Abgaben an die Firma Monsanto zu. Außerdem hat die deutsche Regierung den Anbau von Roundup Soja - einem Saatgut von Monsanto - innerhalb der Grenzen Deutschlands verboten. Im letzten Jahr gab die brasilianische Regierung drei Sorten von Gen-Mais der Unternehmen Bayer, Syngenta und Monsanto frei. Dabei war die Erzeugung von gentechnisch verändertem Saatgut verboten.

Im Abgeordnetenhaus wurde ein Gesetzentwurf zur Enteignung aller Großgrundbesitzer auf Eis gelegt, welches die Enteignung aller landwirtschaftlichen Betriebe vorsieht, auf denen Landarbeiter unter sklavenähnlichen Bedingungen lebten. Dem Gesetz war im Senat bereits zugestimmt worden. Die Regierung gab jedoch dem Druck der Großgrundbesitzer nach und verzichtete darauf, ihre Basis zu mobilisieren, um dem Gesetz zuzustimmen. Während dessen befreit die Bundespolizei weiterhin Arbeiter, die auf den Fazendas unter sklavereiähnlichen Bedingungen arbeiten. Es wurde bereits nachgewiesen, dass es sich bei 58% der Fazendas um Wiederholungsfälle handelt.

Das Unternehmen "Aracruz Celulose" versucht, den Kampf für Rechte durch strafrechtliche Verfolgung der Aktivisten zu verhindern

[HTTP://WWW.CEPEDES.ORG.BR/REDEALERTA.PHP](http://www.cepedes.org.br/redealerta.php) - AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH
ÜBERSETZT VON ELISABETH FLADE

Die sozialen Bewegungen auf dem Land und in der Stadt beklagen gegenüber der Bevölkerung des Bundesstaates Espírito Santo und der brasilianischen Gesellschaft, dass Solidarität und der Kampf um Rechte in diesem Land erneut zu Straftaten erklärt wurden. Wir denunzieren daher den Prozess der Kriminalisierung, den die Firma "Aracruz Celulose" zusammen mit einigen staatlichen Autoritäten vorantreibt. Diese Praxis enthüllt ihre Absicht, die soziale Mobilisierung im Kampf um Menschen- und soziale Rechte zu verhindern. Der Raub der Gebiete der Indigenen, der Quilombo-Bewohner (Siedlung, die von entflohenen Sklaven gegründet wurde) und der Bauern sowie die Zerstörung ihrer Kulturen, ebenso wie die Umweltzerstörung, die von "Aracruz Celulose" zusammen mit dem Staat vorangetrieben werden, sind die wahren Verbrechen an diesen Menschen und an der Menschheit und sie werden auf transnationaler Ebene begangen. Wir glauben, dass das passive Akzeptieren dieser Situation gleichbedeutend mit einem Beitrag zur Zerstörung des Rechtsstaates und zum Bruch demokratischer Freiheiten ist, die so hart erkämpft wurden.

Die Schäden, die die Zelluloseproduktion in verschiedenen Teilen der Welt verursacht, werden immer offensichtlicher. Hier in Espírito Santo wird die Gesellschaft durch die Mobilisierung der traditionellen Völker (der Indigenen und der Quilombo-Bewohner) und der Bauern vor den sozialen und Umweltschäden durch die Eukalyptus-Monokulturen gewarnt.

Aus diesem Grund griff "Aracruz Celulose" zum Mittel der Kriminalisierung von Aktivisten der Bürgerbewegungen und versuchte, die Verbreitung der Anklagen über die negativen Folgen ihrer agroindustriellen Projekte durch Einschüchterung zu verhindern. Menschen, die den Kampf um Rechte der Indigenen, Quilombo-Bewohner und Bauern unterstützen, wurden strafrechtlich verfolgt. Diese Bevölkerungsgruppen sind in ihrem Überleben unmittelbar von den durch das Unternehmen verursachten Schäden betroffen.

Das Zivilgericht des Bezirks Aracruz unterstützt diese Farce, die von dem transnationalen Zelluloseunternehmen inszeniert wurde, und übt Druck auf beschuldigte Personen aus, mit dem Unternehmen eine Einigung zu erzielen. Diese kriminellen Prozesse und erzwungenen Übereinkommen zielen darauf ab, die Kämpfe und Proteste zu unterbinden, die der Welt die sozialen und Umweltschäden enthüllen, die von der Firma verursacht wurden. Aus diesem Grund streben sie danach, den Demonstranten ihre Bewegungsfreiheit zu untersagen.

Durch die strafrechtliche Verfolgung einiger militanter Aktivisten versucht das Unternehmen, die gesamte Bürgerbewegung zu treffen, die sich gegen ihre Werke der Zerstörung sowohl der Umwelt als auch der sozialen Netze richtet.

“Aracruz Celulose” versucht zu verhindern, dass der Widerstand weitergeht und das Unternehmen Gefahr läuft, wegen der weltweiten Wirtschaftskrise selbst in Schwierigkeiten zu geraten. Die Firma ist vielmehr bestrebt, frei von Anschuldigungen weiter auf die Gebiete der Bauern-, Indigenen- und Quilombogemeinden vorzustoßen, die Anwohner zu vertreiben und den Nahrungsmittelanbau durch Eukalyptusanpflanzungen für den Export der Zelluloseindustrie zu ersetzen. Folge davon ist die endgültige Zerstörung der Wälder, des Bodens und der Flüsse, die bisher trotz der schweren Schäden noch erhalten geblieben sind.

“Aracruz Celulose” strengte Prozesse gegen zwei Studentinnen der UFES (Staatliche Universität von Espírito Santo) sowie weitere vier militante Mitglieder des “Aktionsbündnisses gegen die grüne Wüste” an, das zusammen mit mehreren hundert Menschen den Kampf der indigenen Bevölkerung um die Rückgabe ihrer Gebiete unterstützte. Eine Anzeige bezieht sich auf eine Unterlassungsverfügung, eine andere auf die “Wiederinbesitznahme von Land”. Beide Anzeigen betreffen die Unterstützung der Besetzung einer Fabrik des Unternehmens in Barra do Riacho durch die indigenen Gemeinden am 6. Oktober 2005. Es wird schnell deutlich, dass es eine Reihe von Gründen gibt, die Verfahren gegen die Umweltschützer als unangemessen anzusehen:

- Nichtzuständigkeit der Justiz des Bundesstaates Espírito Santo (Konflikte über indigene Gebiete fallen in die Zuständigkeit der Bundesjustiz);
- fehlendes Interesse der beklagten Demonstranten und weiterer Unterstützer, Entfallen des Prozessgegenstandes, da das Justizministerium bereits eine an der Inbesitznahme der Ländereien von Aracruz;
- Demarkationsverordnung erlassen hat, in der anerkannt wird, dass die Gebiete, die Objekt des Rechtsstreits sind, der indigenen Bevölkerung zustehen und die Demarkation bereits von der FUNAI (Nationale Stiftung der Indigenen) vorgenommen wurde;
- eindeutige Beweise, dass die Protestierenden die betreffenden Ländereien oder Beriebe des Unternehmens nicht betreten haben und dass sich eine der angezeigten Personen in der fraglichen Zeit nicht im Gebiet von Aracruz aufhielt.

Es ist derselbe Staat, der die Geschäfte von “Aracruz Celulose” finanziert und der alle Bedingungen schafft, um der Firma zu ermöglichen, die Wälder und den Boden zu zerstören und sich die Wasservorräte der Region uneingeschränkt zunutze zu machen. Allein die Zellulosefabriken in Barra do Riacho verbrauchen

täglich Wassermengen, wie eine Stadt mit 2,3 Millionen Einwohnern. Die Firma bezahlt keinen Cent für diese Nutzung. Derselbe Staat wendet polizeiliche Repressionen an und setzt die Justiz gegen die Bevölkerung ein, die sich gegen Schäden zur Wehr setzt, die „Aracruz Celulose“ verursacht hat und gegen Menschen, die diesen Kampf unterstützen.

Inwertsetzung Amazoniens um jeden Preis

FÜR KOBRA VON KIRSTEN BREDENBECK, MAI 2009

In den letzten Monaten gibt es eine Reihe von Regierungsmaßnahmen, die alle darauf abzielen, die Inwertsetzung insbesondere Amazoniens massiv voran zu treiben. Hierzu zählen die Diskussion um ein verändertes Waldgesetz, das stärkere Entwaldungen zulässt, wie auch die voranschreitenden Initiativen, die Umweltgesetzgebung aufzuweichen, um die Lizenzvergaben für Staudammprojekte und Straßenbauten massiv zu beschleunigen. Inzwischen schlagen selbst Journalisten in den führenden brasilianischen Medien *O Globo*, *Valor Econômico* und *Folha de São Paulo* einen besorgten Ton in Bezug auf die jüngsten Maßnahmen der brasilianischen Regierung an.

Mitte April verabschiedete die Regierung eine Maßnahme von Dezember 2008. Diese entbindet Straßen, deren Bau Bestandteil des Wachstumsplans PAC ist, und die bereits als ungepflasterte Wege bestehen, von der Notwendigkeit jeglicher Umweltstudie vor Beginn der Asphaltierung. Dies soll den Straßenbau in Amazonien deutlich beschleunigen. Damit wird eine weitere Front für die illegale Aneignung von Ländereien und die Entwaldung geschaffen. Denn gerade die Asphaltierung von Straßen führt zu einem massiven Anstieg der gefürchteten destruktiven Wirkungen in Form von Zuzug und Entwaldung. Offensichtlich will die brasilianische Regierung die Vorhaben ihres Wachstumsplanes mit Vehemenz durchsetzen. Mehr als 30 Organisationen aus dem sozialen und ökologischen Bereich äußerten sich in einem offenen Brief gegen die Umsetzung dieser Maßnahme und bezeichneten sie als inakzeptabel. Unter den Unterzeichnern befinden sich bspw. Amigos da Terra (Freunde der Erde), das Fórum Brasileiro de ONGs e Movimentos Sociais para o Meio Ambiente e o Desenvolvimento – FBOMS (Brasilianisches Forum von NGOs und Sozialen Bewegungen im Umwelt- und Entwicklungsbereich), das Fórum Carajás, der Grupo de Trabalho Amazônico GTA (Amazonische Arbeitsgruppe), Greenpeace, das Instituto de Estudos Socioeconomicos INESC (Institut für Sozioökonomische Studien), das Instituto de Pesquisa Ambiental da Amazônia IPAM (Ökologisches Forschungsinstitut von Amazonien), das Instituto do Homem e do Meio Ambiente da Amazônia IMAZON (Umwelt- und Mensch-Institut von Amazonien), das Instituto Socioambiental ISA (Sozioökologisches Institut), die Rede Alerta Contra o Deserto Verde RJ (Netzwerk gegen die grüne Wüste Rio de Janeiro), SOS Mata Atlântica (SOS Atlantischer Regenwald) und WWF Brasilien.

Die berüchtigte „MP 458“ bestätigt Landräuber und Fälscher

Auch die jüngste Regierungsmaßnahme MP 458 (Medida Provisória 458 – Provisorische Maßnahme 458) weist in diese Richtung. In den vergangenen Monaten wurde die Maßnahme im Nationalkongress und in der Abgeordnetenversammlung diskutiert und Anfang Juni verabschiedet. Eine neue Behörde soll in Amazonien bewirtschaftetes Land eintragen; kleinere Besitzungen als Schenkung, größere zu Vorzugspreisen und mit langem Zahlungsziel. Nach offizieller Lesart soll die Maßnahme die Landrechtssituation in Amazonien klären, und auf diese Weise zukünftige Landkonflikte und Entwaldungen verhindern. Doch letztlich wird mit ihr die Überschreibung von illegal angeeignetem öffentlichen Land in Amazonien im großen Stile legitimisiert. Unter dem großen Druck der Sozialen Bewegungen gestand Lula Mitte Juni ein mögliches Veto gegen das Gesetz zu.

Die gesamte Bandbreite der öko-sozialen Bewegungen in Brasilien - die im Nationalen Agrarreformforum zusammen geschlossenen Organisationen wie auch die Landarbeitergewerkschaften und der Zusammenschluss der Umweltorganisationen, FBOMS - spricht sich gegen die Maßnahme aus und fordert deren Rücknahme. Eine Initiative von acht Organisationen, die in Amazonien arbeiten, darunter die GTA, das IMAZON, ISA und INESC (Instituto de Estudos Socioeconômicos – Institut für Sozioökonomische Studien), hatte Ende November Prinzipien formuliert, die eine sorgfältige Regularisierung des Landbesitzes in Amazonien ermöglichen könnten. Doch kaum eines davon findet sich in dem Dekret wieder.

Die Organisationen fürchten, dass die Umsetzung der Maßnahme in ihrer jetzigen Form sogar eine Zunahme der Landkonflikte und Entwaldungen zur Folge haben wird. Die sozialökonomische Organisation INESC weist darauf hin, dass eine umfassende Regularisierung des Landbesitzes in Zusammenarbeit mit den örtlichen Verwaltungseinheiten geschehen müsste, um Verwerfungen zu vermeiden. Diese aber werden in der Regierungsmaßnahme überhaupt nicht berücksichtigt. Das FBOMS spricht von der Maßnahme 458 als einer „Plattform der Großgrundbesitzer“. Auch die Ex-Umweltministerin Marina Silva äußerte heftige Kritik an der Regelung. Diese besiegele das „Festival der *grilagem*“ (unrechtmäßige Landaneignung) und öffne Tür und Tor für weitere Landkonzentrationen in der Region. Selbst der Núcleo Setorial Agrário Nacional der Arbeiterpartei PT wendet sich gegen die MP 458.

Die Regelungen der Maßnahme erlitten beim Durchlaufen der parlamentarischen Instanzen entscheidende Veränderungen, die sich deutlich zugunsten von Großgrundbesitzern und *grileiros* (Fälschern von Landtiteln) auswirken. So dürfen nicht mehr wie ursprünglich nur Privatpersonen, die das Land bewirtschaften, dieses als ihren Besitz eintragen lassen, sondern ebenso auch Unternehmen und Agrarbetriebe sowie deren Repräsentanten. Die Landkonflikte

in Amazonien sind aber gerade dadurch verursacht, dass Agrarbetriebe immer weiter vordringen, sich Land zu Unrecht aneignen, und dabei auch nicht davor zurückschrecken, darauf wirtschaftende Menschen zu vertreiben. Latifundien durften über einen Umweg schon in der Ursprungsversion der Regierungsmaßnahme anerkannt werden, was von den sozialen Bewegungen bereits im Februar stark kritisiert wurde. Die in der MP genannte Obergrenze von 15 Fiskalmodulen (Grundbesitz über 15 Fiskalmodulen gilt als Großgrundbesitz. Das Fiskalmodul wird von den Kommunen festgelegt und variiert je nach Bodennutzung, klimatischen Bedingungen und potenziellem Einkommen des Landes.) kann durch Statthalter ohnehin ohne weiteres umgangen werden, so dass eine einzige Person oder ein einziges Unternehmen sich letztlich so viel Land eintragen lassen kann, wie sie/es bezahlen kann und Statthalter aufbringt.

Auch wurde die Regelung ausgehebelt, dass die Begünstigten über keine weiteren Landtitel in Brasilien verfügen dürften. Für die Unzahl kleiner *posseiros* (Menschen, die Land bereits über einen längeren Zeitraum für ihren Eigenbedarf bewirtschaften) wäre eine solche Regelung nicht notwendig gewesen, denn sie verfügen in der Regel nicht über Ländereien in anderen Gegenden Brasiliens. Nicht einmal eine Regierungsmaßnahme an sich wäre nötig gewesen, um die *posseiros* abzusichern – denn Nutzungsrechte an Land, das man für seinen Eigenbedarf bewirtschaftet, sind in Brasilien von der Verfassung garantiert. Es hätte also lediglich gegolten, diese verfassungsmäßigen Rechte auch umzusetzen.

67 Mio ha öffentliches Land, das der Landreformbehörde INCRA zurechnen war und unrechtmäßig angeeignet wurde, wird nun an diejenigen gehen, die es sich unter den Nagel gerissen haben. Diese Gebiete stehen damit nicht mehr für Agrarreformzwecke zur Verfügung. Dies und die Veränderungen der Regelungen zeigen klar, dass es hier nicht darum geht, die Landrechtssituation kleiner *posseiros* abzusichern, sondern darum, denjenigen Land zu übertragen, die in Amazonien über größere Ländereien gewerblich verfügen – ungeachtet der Frage, wie sie sich dieses Staatsland angeeignet haben. Letztendlich werden unrechtmäßig angeeignete Ländereien auf diese Weise im Nachhinein unbesehen legalisiert. Die Rechtssituation der *posseiros* hingegen hat sich damit deutlich verschlechtert: Auf Nutzungsrechte an Land, von dem sie vertrieben wurden, dürfen die Betroffenen nach der „Regularisierung“ wohl kaum noch hoffen. Das INESC vermutet den Wachstumsplan PAC als treibende Kraft hinter der Regierungsmaßnahme: Ohne eine geregelte landrechtliche Situation sei es umso schwieriger, Investoren bspw. für Straßenbau zu finden. Und damit schließt sich der Kreis: Mit der eingangs erwähnten Maßnahme zur Beschleunigung des Straßenbaus in Amazonien wurde ja gerade eine neue Runde illegaler Landaneignung eingeläutet. Hoffnung besteht also eher für zukünftige Landfälscher, die darauf spekulieren können, dass auch ihre Fälschungen nachträglich wieder anerkannt werden.

Die Regierung Luiz Inácio da Silva und die Agrarreform

VON ARIIVALDO UMBELINO, WWW.RADIOAGENCIANP.COM.BR, 25. MAI 2009 - FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH VON JÜRGEN STAHN

Die Regierung von Luiz Inácio da Silva hat nun endgültig auf die Agrarreform als „Flaggschiff“ ihrer zweiten Amtszeit verzichtet. Der Plan II für eine Agrarreform (PNRA) endete im Jahr 2007. Ein Nachfolgeprojekt, PNRA III, wurde nicht in das Regierungsprogramm für 2008 aufgenommen. Damit verschwand die Agrarreform aus der Liste politischer Prioritäten.

Eine gründliche Untersuchung der fünfjährigen Laufzeit des Projektes PNRA II zeigt deutlich, dass das Ministerium für Landwirtschaftliche Entwicklung (MDA) und die Agrarreformbehörde (INCRA) zwar die Ansiedlung von 448.954 Familien als offizielle Zahl bekannt gegeben haben, diese Zahl sich jedoch auf die gesamte Anzahl der durch Ansiedlungen Begünstigten des Programms bezieht. Wenn man die genannte Zahl auf ihre Bestandteile hin untersucht, lässt sich leicht feststellen, dass es lediglich für 163.000 Familien in neuen Siedlungen eine Zuteilung von Land gegeben hat. Das ist das tatsächliche Ergebnis der Agrarreform.

In der Differenz zwischen den beiden Angaben sind die 113.000 Familien, die ihr Land auf Grund des Teilprogrammes 2, der „Klärung von Besitzverhältnissen“ erhielten. Zu der Differenz müssen auch 171.000 Familien gerechnet werden, die über eine „Neuordnung von Besitzverhältnissen“ Land bekommen haben, weil damit ältere, schon länger bestehende Ansiedlungen rechtlich anerkannt wurden.

Außerdem sind in der Differenz 2.000 Familien enthalten, die durch Staudammbauten ihr Land verloren haben, die aber auf keinen Fall zu den Begünstigten der Agrarreform gezählt werden dürfen. Das bedeutet, dass die PT-Regierung das „Projekt PNRA II Ziel 1“ nur zu 29,6% erfüllt hat, demzufolge 550.000 Familien in neuen Ansiedlungen Land erhalten sollten.

Das Ergebnis für das Jahr 2008 ist noch wesentlich dürftiger: Das INCRA siedelte von den 70.000 Begünstigten im Jahr 2008 de facto nur 20.000 Familien im Rahmen der Agrarreform neu an. Die Differenz muss ebenfalls sowohl dem Prozess der Anerkennung von Besitzverhältnissen mit 25.000 Familien als auch der Klärung von Besitzverhältnissen mit 24.700 Familien und der Ansiedlung von durch Staudammbauten vertriebenen Familien zugerechnet werden. Wenn man die tatsächlichen Ergebnisse der nunmehr sechsjährigen Amtszeit der jetzigen Regierung ansieht, ist leicht festzustellen, dass über die Agrarreform nur etwas mehr als 180.000 Familien angesiedelt wurden.

Dieses dürftige Ergebnis ist der offen eingeräumten Politik des Ministeriums für Ländliche Entwicklung und der Agrarreformbehörde geschuldet, die im Projekt PNRA II geplante Agrarreform zu verhindern. Deshalb müssen mehr als 150.000 Familien weiterhin unter schwarzen Planen am Rande von Fernstraßen ihr Dasein fristen.

Ich stelle ausdrücklich fest, dass die Politik der Agrarreform der Regierung Luiz Inácio da Silva von zwei Grundsätzen gekennzeichnet ist: einmal, keine Agrarreform in Regionen durchzuführen, die vom Agrobusiness dominiert werden und zum anderen, sie nur in Regionen zuzulassen, in welchen sie die Anliegen der industriellen Agrarbetriebe fördert. Im Klartext heißt das, dass die Agrarreform tatsächlich nur ein Anhängsel des Agrobusiness in Brasilien ist.

Es wird immer deutlicher, dass die PT-Regierung sich für eine „Gegenagrarreform“ entschieden hat. Die Entscheidung für eine solche „Gegenreform“ wurde auch deutlich sichtbar in der im Jahr 2008 erfolgten rechtlichen Anerkennung von Grundstücken bis 1.500 Hektar in Staatsbesitz im Amazonasgebiet, die von Landspekulanten (grileiros) besetzt worden sind.

Die Politik der Regierung wurde noch extremer, als sie 2009 unverhüllt die Möglichkeit eröffnete, von Spekulanten besetzte Ländereien bis 2.500 Hektar käuflich zu erwerben, wobei diesen Leuten sogar Vorrang eingeräumt wurde.

Die Rechtfertigung der Regierung für die Legalisierung der Übertragung staatlicher Ländereien im Eigentum des INCRA im Amazonasgebiet enthält darüber hinaus noch eine populistische Farce: es wird schlicht behauptet, dass vor allem kleine Pächter (posseiros) begünstigt würden. In Wirklichkeit erhielten die kleinen Pächter bereits durch die geltende Gesetzgebung das verfassungsmäßig verbriefte Recht auf ihre Grundstücke und vor allem macht ihr Land gerade einmal 20% der in Frage stehenden Ländereien aus.

In den ersten sechs Jahren dieser Regierung hat das INCRA herzlich wenig getan, um das Pachtland in das Eigentum der Pächter zu überführen. Ziel 2 des Projektes PNRA wurde nur zu 17% umgesetzt.

Auf diese Weise werden die Eigentümer von agroindustriellen Großbetrieben, die sich staatliches Land des INCRA über gefälschte Titel oder auf anderen illegalen Wegen angeeignet haben, zu Nutznießern der Anerkennung bestehender Besitzverhältnisse. Mehr noch, der von der Regierung eingeschlagene Weg lässt auch deutlich werden, dass die Agrarreformbehörde INCRA nicht den Rechtsweg beschreiten wird, um die über gefälschte Papiere oder auf andere illegale Weise in Besitz genommenen Ländereien wieder dem Staat zuzuführen, wie es den geltenden Gesetzen entsprechen würde. Das INCRA wird im Gegenteil versuchen, den „Agrobanditen“ ihr Land zu sichern. Aus diesem Grund werden Konflikte und Gewaltanwendung im Amazonasgebiet nicht aufhören!

Auf diesem Weg wird wieder einmal der Sieg des Agrobusiness in der Landfrage Brasiliens und in der gesamten Agrarpolitik die Unterwerfung von MDA und INCRA unter die Interessen der „Agrobanditen“, der Titelfälscher und illegalen Besitzer staatlichen Landes bestätigt. Die Agrarreform im Amazonasgebiet wird ihnen als Opfer dargebracht.

Das Verschmelzen öffentlichen Eigentums eröffnet dem Agrobusiness den Zugang zu mehr als 115.000.000 Hektar möglicherweise brachliegenden staatlichen Landes und zu nahezu 68.000.000 Hektar im Besitz des INCRA, die jedoch bereits in Händen von Titelfälschern und illegalen Besitzern sind. Von dieser Gesamtheit staatlicher Ländereien sind lediglich 17.000.000 Hektar durch 284.000 Pächter (posseiros) besetzt.

Wir dürfen also mit Fug und Recht feststellen, dass das Ziel der „Gegenagrarreform“ der zweiten Amtszeit der Regierung Luiz Inácio da Silva die Legalisierung der gesetzeswidrigen Aneignung von 182.000.000 Hektar brachliegenden staatlichen Landes ist, von Land, das gemäß Verfassung der Agrarreform, den indigenen Völkern, den Nachkommen der „Quilombolas“ und dem Umweltschutz zu Verfügung stehen sollte.